

GESUNDHEITSVORSORGE: NEUE PRÄVENTIONSSTRATEGIE DER BUNDESREGIERUNG FÜHRT ZU WACHSENDER GESUNDHEITSKLUFFT

14. Januar 2013

Als substanzlose Symbolpolitik kritisiert der Paritätische Gesamtverband die aktuellen Pläne der Bundesregierung zur Stärkung der Gesundheitsvorsorge in Deutschland. Die neue „Präventionsstrategie“ bleibe meilenweit hinter den neuesten gesundheitswissenschaftlichen Erkenntnissen zurück. Damit Gesundheitszustand und Lebenserwartung in Deutschland nicht länger vom Geldbeutel abhängen, fordert der Verband stattdessen ein eigenes Präventionsgesetz. Der Paritätische reagiert damit auf einen Bericht der Süddeutschen Zeitung.

„Wer ernsthaft etwas gegen die wachsende Gesundheitsklufft in Deutschland tun will, kann nicht allein auf den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen vertrauen“, so Verbandsvorsitzender Prof. Dr. Rolf Rosenbrock. Die angekündigten Änderungen bei der Verwendung der GKV-Beitragsmittel sowie die Einrichtung einer ‚Präventionskonferenz‘ würden in keiner Weise den gesundheitspolitischen Herausforderungen gerecht. Ohne verbindliche inhaltliche Vorgaben werde es auch in Zukunft vielfach bei altbackener Gesundheitsaufklärung und Kursangeboten bleiben, mit denen die besonders benachteiligten Gruppen nicht erreicht würden, warnt der Gesundheitsexperte. Diesem Etikettenschwindel müsse endlich ein Riegel vorgeschoben werden. „Wir brauchen keine unverbindliche Präventionskonferenz und weitere Modellprojekte, sondern konkrete zielgruppenspezifische Strategien und Maßnahmen, die dort ansetzen, wo die Menschen sind. Die Projektitis in der Gesundheitsförderung muss ein Ende haben und endlich durch dauerhafte Strukturen ersetzt werden. Die Ansätze sind erprobt und müssen jetzt flächendeckend umgesetzt werden“, fordert Rosenbrock. Der Verband bekräftigt daher seine Forderung nach einem eigenen Bundesgesetz für nicht-medizinische Primärprävention und Gesundheitsförderung. Ein entsprechendes Gesetz müsse alle relevanten Akteure in die Pflicht nehmen, Qualitätsstandards sichern und eine verlässliche Finanzierung garantieren.

Aus Sicht des Verbandes verharmlose die Koalition die rasant wachsende sozial bedingte Gesundheitsklufft in Deutschland. „Die gesundheitliche Chancenungleichheit in Deutschland ist skandalös. Die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung sterben im Durchschnitt zehn Jahre früher als

die reichsten 20 Prozent. Bei ihnen zeigen sich chronische Erkrankungen früher und verlaufen deutlich schwerwiegender“, so Rosenbrock. Schon im Kindergarten manifestierten sich die ungleichen Gesundheitschancen: „Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind nachweislich häufiger von physischen oder psychosozialen Problemen betroffen, die ihr gesamtes weiteres Leben beeinträchtigen können. Dieser Zustand ist in einem der reichsten Länder der Welt untragbar.“ Sofortiges Handeln sei daher erforderlich.

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Tel.: 030 - 24636 305

E-Mail: [pr\[at\]paritaet.org](mailto:pr[at]paritaet.org)